

Zusammenfassung der vorliegenden Referatsgrundlage

Einleitung:

1. Folie

Der Autor der politikwissenschaftl. Analyse Hans-Jürgen Urban ist Politikwissenschaftler, geb. 1961, und Geschäftsführendes Vorstandsmitgl. der IG-Metall, Privatdozent an der Uni Jena und „Blätter“-Mithrsg. Es geht um den Artikel in den „Blättern“ von 9/18 unter dem Titel: „Epochenthema Migration: Die Mosaiklinke in der Zerreißprobe?“

Der Autor gehört zum Projekt einer sog. Mosaiklinken, das sich vor ca. 3-Jahren herausgebildet und eine Crossover-Sammlungsbewegung begründet hat. Ausgangspunkt war die vielfach analysierte Schwäche der Linksbewegung, die mit dem Übergang vom nat. Wohlfahrtsstaat- zum globalisierten Finanzmarktkapitalismus begründet wird. Die Defensive sei der Art, dass selbst die traditionellen Paradigmen diskreditiert scheinen (Terry Eagleton).

Die Mosaiklinken versuchten lange vor der aktuellen Sammlungsbewegung durch Wagenknecht eine Bündnispolitik zu initiieren und die Kräfte die die Gemeinsamkeit einer Kapitalismuskritik und das Interesse an gesellschaftl. Transformationsstrategien haben, zu einem gemeinsam handelndem Subjekt zusammenzuführen. Es gab die Bereitschaft kontroverse Diskurse in wechselseitiger Anerkennung auszutragen und eine Aufbruchstimmung, die sich in Protestbewegungen wie TTIP, CETA und der Gründung von ISM (Institut für Solidarische Moderne) u.a. niedergeschlagen habe.

Eigentlich müssten, so konstatiert der Autor, die augenblicklichen Themen wie Flucht und Migration sowie das Engagement gegen den Rechtsruck eine solche Zusammenführung beflügeln, zumal es einen Konsens gegen die menschenrechtswidrige Migrationspolitik der Regierungskoalition bis in die Mitte der Gesellschaft gebe.

2. Folie

Einschätzung der li. Migrationsdebatte

Hier ist es nun gerade zu einer Polarisierung in den Positionen, wie wir sie gerade vorgestellt bekommen haben, innerhalb der gesellschaftl. wie der polit. Linken gekommen. Die Spaltungslinien innerhalb der li. Gruppen seien wie unter einem Brennglas sichtbar geworden und besonders in der Linkspartei fanden sie in den Programm- und Strategieauseinandersetzungen ihren härtesten Ausdruck. **„Die einen werfen den anderen vor, mit falschen Schwerpunktsetzungen die Verlierer des Neoliberalismus den Rechtspopulisten zu überlassen. Und die anderen antworten darauf, dass diese Analyse und die darauf beruhende Politikstrategie rassistisch seien und deshalb bekämpft werden müssten.“**

Anstatt eines Konsenses gebe es eine große Spaltungskraft im Umgang mit Flucht und Migration, an der die Mosaiklinke zu zerschellen drohe, ehe sie sich überhaupt konstituiert habe.

Um die Perspektive einer linken Bewegung aufrecht zu erhalten, plädiert der Autor für eine Verständigung auf konsensfähige Essentials linker Migrationspolitik, die in einer neuen Diskurskultur herauszufinden seien.

Der Autor hält die Migration für ein Epochenthema, das Politik und Gesellschaft anhaltend beschäftigen wird, auf das die Linke eine Antwort finden muss, unabhängig von jährlich registrierten Flüchtlingen.

Die Ursachen für Flucht- und Migrationsbewegungen, die von Kriegen, polit. Diktaturen, ethn. und religiösen Konflikten herrühren, bleiben bestehen und verschärfen sich noch und sind in den weltgesellschaftl. Verhältnissen zu suchen, die durch die Ungleichverteilung von Einkommen, Vermögen und allgemeinen Lebenschancen geprägt werden.

Die globale Wirtschaftsordnung unterteilt Menschen in analoge Klassenlagen, in privilegierte und diskriminierte. Großen Teilen der Weltbevölkerung wird die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens vorenthalten, während die Bevölkerungen der Wohlfahrtsgesellschaften in den kapitalist. Zentren von einem Ortsbonus profitieren würden, der sie zu anderen, besseren Lebensperspektiven bringt. Eine Gerechtigkeitsperspektive hat die Privilegien zu berücksichtigen, die aufgrund der Zugehörigkeit zu bestimmten Regionen und Gesellschaften bestehen und muss ihren Blick über das Nationalstaatliche hinaus auf die Weltgesellschaft lenken.

3. Folie

Auseinandersetzung über Migration in der Politik und Gesellschaft

In einem dritten Abschnitt setzt sich der Autor mit den Reaktionen von Gesellschaft und Politik auf Migration und Flucht auseinander.

Der Fakt, dass Menschen ihr Recht auf ein gutes Leben in den Wohlstandszonen verwirklicht haben wollen, irritiert anscheinend die dort Lebenden.

Von einer Menschenrechtsperspektive aus gesehen, dürfte die Gesellschaft nicht von einer vermeintlichen Migrationsflut aufgewühlt sein, sondern von der Frage, was eigentlich mit den Menschen passiert, die es nicht in die Festung Europa schaffen.

In dem Rechtspopulismus der Mitte, von CSU mit stiller Unterstützung von Teilen der CDU betrieben, die in öffentlicher Rhetorik und in den politischen Maßnahmen wie „Masterplan“, Ankerzentren u. dergl. aggressive Abwehrstrategien gegen Flüchtlinge betreiben, um durch Aktivismus ihr polit. Klientel vor der Bayernwahl zu beeindrucken, sieht der Autor eine politisch-kulturelle Entgleisung.

Diese Art der Abschottungspolitik, die auch vor der Kriminalisierung von priv. Seenotrettungsmaßnahmen nicht zurückschreckt, würde die Bereitschaft vermeintlich zivilisierter Gesellschaften signalisieren, sich von Prinzipien einer humanen Asyl-Migrations- und Flüchtlingspolitik zu verabschieden und den letzten Rest an moralischem Kapital verschleudern.

Durch diese Politik erfahre die politische Rechte eine stete Energiezufuhr. Der hinter ihr stehende Rechtspopulismus ist längst eine alle Schichten umfassende soziale Bewegung geworden mit einer professionalisierten ideologischen Rechts-Elite, die Orientierungsfunktionen übernommen hat.

Demgegenüber gäbe es keine entsprechende linke Bewegung, die identitätsstiftend, orientierend und inspirierend wirken könnte. Der traditionelle li. Sozialreformismus komme den Bedürfnissen nach Schutz vor Deprivation und einer zeitgemäßen Kollektividentität nicht mehr entgegen mit progressiven Angeboten.

Eine Ursache dafür sei die Neoliberalisierung oder Hinwendung zu einem Kosmopolitismus der Mittel- und Oberschichten (Grüne), die ihr Sensorium für die Lebenslagen und Ängste der sog. Abgehängten oder Globalisierungsverlierer verloren hätten.

Die so entstandene Repräsentationslücke würde von den rechten Strategen genutzt, einen neuen nationalen Widerstandsgeist bei den Verunsicherten gegen die herrschenden Eliten und ihr System aufzurufen.

Der re. Populismus bedient sich zur Mobilisierung gezielt linker Rhetorik und polit. Vorgehensweisen und ist gerade dabei der Linken ihr „Kronjuwel“, die soziale Frage, abzujagen so von Höcke jüngst in einer Rede ausgeführt, und zu einem Innen-Außenkonflikt zwischen Migrantinnen und Deutschen umzudefinieren.

Auf diese Herausforderungen, die sich entlang der Migrationsfrage aufbauen, reagiert die Linke gespalten.

Der Autor hat die widerstreitenden Positionen, losgelöst von Einzelpersonen a) nach Argumentationslogiken und b) nach Kollisionspunkten, untersucht, um Verständigungspotentiale auszuloten und hat in idealtyp. Abstraktion im wesentlichen 2 konträre Positionen die Kontroverse determinierend ausgemacht, die sowohl in Parteien, Institutionen, Gewerkschaften, Hilfsorganisationen, als auch in gesellschaftlichen Gruppen ihre Anhänger haben

4. Folie

Die **eine Position** geht von einem menschenrechtl. Universalismus aus, der allen Menschen das Recht zubilligt, ein gutes Leben an von ihnen selbstgewählten Orten zu haben, wovon die Forderung auf uneingeschränkte Migration und offene Grenzen überall auf der Welt abgeleitet wird. Im polit. Selbstverständnis sowie in den konkreten Forderungen an die Politik stehen die Flüchtlingsinteressen hier im Vordergrund und sind flankiert von einem wachsamem Antirassismus. Vorherrschend getragen werden die Interventionen von einem Kosmopolitismus und einem normativen Bekenntnissethos. Auf eine Diskussion über die materiellen, soz., ökonom., kulturellen Voraussetzungen für eine Aufnahme von Flüchtlingen in die einheimische Gesellschaft und der solidarischen Bereitschaft derselben wird weitestgehend verzichtet.

Träger sind: Globalisierungskritiker, prof. Hilfsorganisationen, postmodern-soziale Wissenschaftler, Aktivistinnen aus dem postautonom-libertären Milieu.

Die **andere Position** argumentiert aus der Perspektive der nationalen Wohlfahrtsstaaten der kapitalist. Zentren und ist fokussiert auf mögliche Folgen für Arbeitsmärkte und die sozialen Sicherungssysteme durch unregulierte Migration. Die freie Arbeitsmigration wird abgelehnt, bei Asyl und Flucht sollen aber die Einschränkungen zurückgenommen werden. Stimmen aus dieser Richtung verstehen sich v.a. als Advokaten der prekarierten, von Deklassierung bedrohten Gesellschaftsschichten. Sie warnen vor Dumpingkonkurrenz und forcierter Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse und der Überforderung von sozialstaatl. Institutionen. Zur Migrationsskepsis hinzugekommen sind zunehmend Plädoyers für lokale Patriotismen und Bewahrung lokaler Identität.

Träger sind vor allem: Teile der Lohnabhängigen, traditionell linksreformistische Intellektuelle sowie die Strömung in der Linkspartei, die sich für eine „linke Sammlungsbewegung“ unter dem Motto „Aufstehen“ ausspricht.

Beide Positionen könnten aus der Sicht des Autors eine diskussionswürdige Argumentationslogik für die plurale Linke reklamieren, hätten aber jeweils ihre Schwächen. Eine zusammenfassende Bewertung der Positionen gibt der Autor im folgenden:

5. + 6. Folie

Die Open-Border-Position sei überzeugend durch ihre Empathie für Flüchtlinge und der Bereitschaft, sich dem Epochenproblem der Migration mit normativem Elan zu stellen. Ihre Indifferenz gegenüber den ökonom, soz. und kulturellen Voraussetzungen der universalist. Solidarität würde allerdings verblüffen. Sie machten es sich zu leicht, wenn sie die Zukunftsängste der Globalisierungsverlierer ignorierten oder sie als rechtsaffine Solidaritätsverweigerung qualifizieren würden. Die Innen-außen-Konfliktachse dürfe auch nicht von links bedient werden. Es gibt weder wie nach re. Lesart, erzeugt durch bewusste Lügen und Realitätsverzerrungen, eine Migrationsflut von außen, die soz. Elend, polit. Terrorismus und kulturelle Entfremdung nach Deutschland brächte, noch darf nach linker Lesart ausgeschlossen sein, die Interessenlagen der Lohnabhängigen in den Aufnahmeländern und die Bereitstellung von Ressourcen in den Blick zu nehmen und zu diskutieren. Der Gestus der moralischen Unfehlbarkeit, mit dem manche Intervention aus dieser Fraktion vorgetragen wird, ist zurückzuweisen:

„Wenn bereits die Thematisierung der Anstrengungen, die in den Aufnahmeländern zur Subsistenzsicherung der Geflüchteten erbracht wird, als rassistische Problemdefinition tituliert wird, triumphiert intellektuelle Ignoranz über linkes Problembewusstsein.“

Die Position der sozialstaatl. Solidarität, die mit dem Plädoyer für eine eher funktionale Migrationspolitik auftritt hat ebenso ihre Schwächen in Fehlorientierungen und Unterlassungen: Diese sind u.a. gekennzeichnet durch schlichte Plädoyers für lokale Patriotismen, die schnell auf analytische Engführungen hinauslaufen. Mentale Verankerungen im Lokalen lassen sich durchaus mit universalist. Wertorientierungen verbinden. (Dies wohl eine Anspielung insbesondere auf die Position von Sarah Wagenknecht)

„Einem lokalpatriotischen Blick auf Sozialstaat und Migration fehlt schlicht das Bewusstsein für den Epochencharakter der Migrationsfrage und die menschenrechtsorientierte Empathie für Flüchtlinge. Und die strikte Unterscheidung zwischen Asyl und Flucht sowie Arbeitsmigration läuft Gefahr, die Dramatik der sozialen Lebenssituation derer zu unterschätzen, die 'nur' aus sozialen Gründen nach Europa fliehen.“

Die sozialstaatsfixierte Argumentation, so der Autor, habe zwar eine sachliche Berechtigung, aber auf sich allein gestellt, sei sie zu kalt für die gesellschaftl. Linke, die in einer hochemotionalisierten Debatte Interventionskraft erlangen will. Als nicht diskursfähig angesehen werden rhetorische Überlappungen mit rechtspopulist. Narrativen (Wagenknecht/Lafontaine), die abtrünnige Wähler/innen zurückholen wollen. Dadurch würde die normative Integrität der Linken beschädigt und keine glaubwürdige Alternative zu fremdenfeindlichen Politiken mehr möglich.

7. Folie

Der Autor hält einen migrationspolitischen Konsens innerhalb der Linken für äußerst wichtig, um auf den Rechtsruck von historischer Dimension eine Antwort geben zu können. Er fragt sich, ob es gelingen kann, aus den rationalen und progressiven Elementen beider widerstreitenden Positionen, eine mosaiklinke Perspektive herzustellen.

Im folgenden werden die 7 Kernpunkte für eine Positionierung in der Migrationsfrage, die er ausgearbeitet hat, zusammengefasst vorgestellt:

Erstens

Unbedingte Solidarität mit den Flüchtlingen sei die Voraussetzung. Das unverdiente Privileg von Menschen in Wohlstandsgesellschaften hineingeboren zu sein, darf nicht zur Abschottungsmentalität führen.

Zweitens

Klare Haltung und Antirassismus muss korrespondieren mit Kapitalismuskritik. Realanalysen und entspr. Politiken. Glaubwürdigkeit des Bekenntnispathos davon abhängig, ob die ökonom., soz. und kulturellen Grundlagen für eine universelle Solidarität bereitgestellt werden können. Eine Korrektur der Produktions- und Verteilungsverhältnisse und eine klassenpolitische Umverteilung würde das bedingen. Die Wirtschaft sieht er in der Pflicht nach 3 Jahrzehnten neoliberaler Umverteilung von unten nach oben sich an Migrationskosten zu beteiligen. Statt Verteidigung des Ortsbonus Kampf gegen den Klassenbonus.

Drittens

Über den Wohlfahrtsstaat und die Rolle wohlfahrtsstaatl. Institutionen und Politiken, an dem sich die Geister scheiden würden, müsse sich die Linke neu verständigen. Er hält die Diffamierung der Restbestände des Wohlfahrtsstaates aus den Reihen Postautonom-Libertärer für nicht zielführend.

„Sozialpolitische Interventionen in die kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse sind keine Blockaden, sondern Voraussetzungen der Fundierung der normativ begründeten Solidarität“

Er plädiert für institutionelle Transformationen wie der Umbau sozialer Sicherungssysteme mit einer Relativierung der Erwerbs- und Äquivalenzzentrierung sozialstaatl. Anwartschaften, stattdessen Aufwertung einer Mindestsicherung, Investitionen in soziale Infrastruktur auf kommunaler Ebene seien unverzichtbar.

Viertens

Arbeitsmarktintegration und Verteilungspolitik sollten Essentials linker Politik sein:

Hier plädiert der Autor dafür, auch über Modelle einer regulierten Migration nachzudenken und sie nicht gleich unter Rassismusverdacht zu stellen. Die Debatte sei riskant, weil immer die Gefahr bestünde, ungewollt in die Nähe inhumaner Abschottungspolitik zu geraten. Trotzdem müsse über das Spannungsverhältnis zwischen offenen Grenzen und der Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates nachgedacht werden, zumal sich die Spannung bei steigenden Flüchtlingszahlen erhöhen würde. Der neoliberale Nationalismus konstruiere aus einer humanen Migrationspolitik und finanzierbaren Sozialsystemen einen Antagonismus, der als Politikempfehlung geschlossene Grenzen zur Folge habe. Es gäbe andere Optionen, wie die Integration der Migranten/innen in den Arbeitsmarkt und die Auffüllung der Sozialbudget für normativ gerechtfertigte Bedarfe durch Besteuerung von Profiten, Vermögen und hohen Einkommen.

8. Folie

Fünftens

Hierunter geht der Autor auf Klassen- und Anerkennungsfragen ein, die im Zusammenhang gedacht werden sollten und verweist auf die intersektionalistischen Ansätze in der Sozialforschung und dem us-amerikanischen Feminismus, von dem die mosaiklinke Positionierung profitieren könnte. Ein Essential li. Politik ist das Festhalten an den Emanzipationsinteressen von Frau, Immigranten ... Dazu zähle auch ein unabdingbarer Antirassismus. Er wendet sich gegen die in linken Kreisen verbreitete Entsorgung von Kapitalismus- und Klassenfragen, die analytisch in die Irre führe. **„Speziell der Rechtspopulismus lässt sich kaum begreifen, wenn Deprivation, Abwertung und Repräsentationslücken im neoliberalen Kapitalismus außen vor bleiben.“**

9. Folie

Sechstens

Hier umschreibt der Autor Inhalte und Kriterien einer Klassenpolitik. Anerkennungspolitik, die die Spaltungslinien entlang von ethn. Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung und ihre Verquickung mit sozialer Diskriminierung erkennt und richtig einordnet. Und dabei die übergeordnete Klassenzugehörigkeit im Auge behält und die Gemeinsamkeiten in Lebens- und Interessenlagen für eine solidarische Politik. Er sieht eine Aufgabe der Gewerkschaften darin, Migranten an gewerkschaftlichen Kämpfen zu beteiligen, die bereits Arbeitsmärkte und Betriebe erreicht haben. Sonst sieht er die Gefahr einer Abdrängung in das Subproletariat und in eine Dumpingkonkurrenz.

Er plädiert in diesem Zusammenhang für eine **inklusive Klassensolidarität**, die erwerbslose Flüchtlinge mit einbezieht, die wegen Sprachbarrieren, Traumatisierung und fehlender Berufsqualifikationen keinen Zugang zum Arbeitsmarkt gefunden haben. Sie sollten ein Recht auf materielle Subsistenz und soziale Integration haben. Die Klassenpolitik. Integration sei als Selbstermächtigung der Individuen gedacht und ihre Einbeziehung in soziale Interessenskämpfe. Ziel sei keine gutgemeinte Fürsorge, sondern die Sozialintegration als autonome Subjekte.

„Der in der Migrationsdebatte omnipräsente Paternalismus stabilisiert den Opferstatus der Eingewanderten und stellt ihre Entmündigung auf Dauer“

Siebtens

Hier konstatiert der Autor die fehlende internationalistische Dimension in der Migrationsdebatte und plädiert für die Begründung eines neuen linken Internationalismus mit der kooperativen Unterstützung von lokalen Initiativen der Selbstversorgung in den Herkunftsländern der Geflüchteten und einer Politik, die sich u.a. gegen die geostrategische Machtpolitik der Zentren wendet. Die Beseitigung der Fluchtursachen sei zwar das Feigenblatt rechter Migrationskritiker, aber auch für die Linke müsse der Erhalt von Lebensgrundlagen, die durch die Interventionen aus den kapitalistischen Zentren zerstört würden, von Belang sein.

10. Folie

„Für eine mosaiklinke Diskurskultur“

Was kann von beiden Positionen übernommen werden für eine mosaiklinke Strategie in der Migrationsfrage?

- Menschenrechtsbasierter Universalismus und die darauf beruhende Solidarität mit den Geflüchteten ohne die Attitüde moralischer Unfehlbarkeit. Die Anstrengungen der Aufnahmegesellschaft dürfen nicht geleugnet werden.
- Sozialstaatl. Solidarität: hier werden die ökonom., soz. und kulturellen Voraussetzungen der normativen Solidarität anerkannt. Kritisiert werden die analytische Engführung, politische Uneindeutigkeiten und die emotionale Kälte gegenüber den Flüchtlingen. Verbunden damit ist der Anspruch auf eine umfassende Sozialreform, die die traditionellen , auf dem Staatsbürgerstatus beruhenden Sozialstaatsstrukturen öffnet.

Damit seien die Probleme weder angesprochen noch gelöst:

„Welche verteilungspolitischen Erfolge müssen realisiert werden, um die materiellen Ressourcen einer Politik der offenen Grenzen zu ermöglichen?“

Welche Diskurse sind wie zu organisieren, um gesellschaftliche Zustimmung zu sichern und rechte Instrumentalisierungsversuche zu kontern?“

Und: Existiert auch für solidarische Einwanderungsgesellschaften ein Tipping-Point, an dem das normativ begründete Postulat möglichst weitgeöffneter Grenzen die Absorptionskapazitäten der Gesellschaften überfordert? Wenn ja, wo liegt er und wie könnte er hinausgeschoben werden?“

11. Folie

Für die Diskussion der Fragen hält der Autor die Verständigung auf eine neue Diskurskultur für unverzichtbar. Das Hantieren mit der Rassismuskeule sei kein geeignetes Instrument im Ringen um analytische Durchdringung und einer strategischen Bewältigung. Rassismus muss bekämpft werden, wo er in der Politik und Gesellschaft auftritt. **„Aber wo er anfängt und wo er aufhört und welche Problemlösungsvorschläge wirklich in Rassismus-Nähe geraten, ist zu diskutieren , nicht zu dekretieren“**

Er hält die Kooperation mit einer kritischen Sozialforschung für unverzichtbar und statt apodiktischer Setzungen sollte eine prinzipiell kritische Haltung gegenüber schnellen Antworten maßgebend sein.

„Die Beteiligung an einem normativen Rigorismus, der auf komplexe soziale Fragen mit pathetischen Bekenntnissen statt mit theoretischer und empirischer Forschung antwortet, käme einem Verrat an den Prämissen kritischer Wissenschaft gleich“

„Postkapitalismus als Perspektive?“

Die klassenpolit. Fundierung li. Migrationspolitik sei mehr, als die soziale Frage zu stellen und sozialstaatl. Leistungen abzurufen, sie müsse ambitioniert sein, Menschen in gemeinsamer Lage und mit ähnlichen Problemen zu solidarischen Praxen zu ermächtigen.

Die kapitalist. Besitz-, Herrschafts- und Hegomonieverhältnisse sind zu thematisieren als Strukturblockaden der sozialen Emanzipation für die Sozialstaatsbürger/innen und Migrant*innen und diese seien zu ermutigen zu einer Politik der Transformation dieser Verhältnisse. Die Transformationsperspektive müsse sich neu angeeignet werden in der Migrationsdebatte. Hier sei sie nicht vorhanden (**bezieht sich auf das Linkspartei-Papier**)

Die Politik der Gegenwart unter den gegebenen Machtverhältnissen wird weiter die notwendige Umverteilung von Ressourcen blockieren, die polit. Demokratie wird von autoritären Krisenlösungsversuchen bedroht und fragil bleiben.

Wenn der Befund zutrifft, müsse über die Perspektive einer postkapitalistischen Gesellschaft nachgedacht werden.